

Medienmitteilung 9/2015

Thema	Teilrevision des Sozialhilfe – und Präventiongesetzes Massnahmen zur Sicherstellung genügender Asylunterkünfte und besserer Schutz für unbegleitete Minderjährige UMA
Rückfragen	Renata Siegrist-Bachmann 076 419 01 59
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau eMail: renata.siegrist@grossrat.ag.ch
Datum	08.03.2015
Zeichen	

Die jüngsten Diskussionen und Medienberichte haben bewiesen, dass sich dringend eine Klärung der Pflichten und Kompetenzen zur Unterbringung von Asylsuchenden Menschen aufdrängt.

Die Grünliberalen begrüssen nun den Vorschlag des Regierungsrates, diese Aufgabe weiterhin als gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinde zu belassen, aber je nach Status oder Aufenthaltsbewilligung der Kanton oder die Gemeinde zuständig ist. Es bleibt zu hoffen, dass das Erstellen eines ausgewogenen Standortkonzepts und die Schaffung regionaler Grossunterkünfte für Asylbewerber, im laufenden Verfahren und für Ausreisepflichtige, die gewünschte Klärung in den Verantwortlichkeiten darstellt.

Die Absicht, in Zukunft die Asylsuchenden ausgewogen auf die Gemeinden zu verteilen und von der Möglichkeit der Ersatzabgabe abzusehen, ist ein Gebot der Stunde. Dies führt zu einer geringeren Belastung und besserer Akzeptanz in den Gemeinden und deren Bevölkerung, ist aber auch zum Wohl der schutzsuchenden Menschen.

Dass es weiterhin eine Ersatzabgabe für Gemeinden gibt, die ihrer Aufnahmepflicht nicht nachkommen, erachten wir als nicht zielführend und unsolidarisch. Es ist zu befürchten, dass besonders finanzstarke Gemeinden die Übernahme selbst hoher Kosten nicht scheuen und diese einer Unterbringung von Asylsuchenden vorziehen.

Die Berücksichtigung des kommunalen Ausländeranteils bei der Zuteilung der Asylsuchenden wird von der GLP im Grundsatz begrüsst. Vor allem in der Diskussion um die Gemeinde Aarburg wurde dies mehrfach gefordert. Es wird sich aber in der Praxis erst zeigen, wie solidarisch sich Gemeinden verhalten, die einen geringen oder keinen Ausländeranteil haben und nun Asylbewerber aufnehmen müssen. Hier bleibt zu hoffen, dass der Unmut über das neue Gesetz nicht auf dem Rücken schutzsuchender Menschen ausgetragen wird.

Dass dem besonderen Schutzbedürfnis von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen eine hohe Priorität zugewiesen wird, erachten wir als Teilerfolg der eingereichten Motion der GLP, Grünen und SP. Die GLP wünscht sich eine möglichst rasche Umsetzung des Konzepts zum Schutz dieser Kinder und verstärkte Integrationsmassnahmen mit fachlicher Unterstützung im psychologischen Bereich.